

**Vorlage**  
**für die Sitzung des Plenums**  
**des Bündnisses für Arbeit und Ausbildung**  
**in Bremen und Bremerhaven**  
**am 16.05.2006**

***Regionaler Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Bremen und Bremerhaven***

Vorbemerkung:

Der Abgleich wurde zum 30.04.2006 vorgenommen, um eine Vergleichbarkeit mit dem bundesweit zum 30.04.2006 durchgeführten Abgleich des Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs zu erreichen.

**a) Umsetzung des Nationalen Paktes in Bremen und Bremerhaven**

**Zur ersten Verabredung: Einwerbung neuer Ausbildungsplätze**

**Wirtschaft:**

	Soll	Ist 2004	Ist 2005	Ist 2006 (Stand 30.04.)
Gesamt:	280 Plätze p.a.	1.037 Plätze	1.184 Plätze	330 Plätze
Bremen:	-/-	796 Plätze	1.049 Plätze	294 Plätze
Brhv.:	-/-	241 Plätze	135 Plätze	36 Plätze

Im Jahr 2006 sind durch die Ausbildungsplatzwerber/innen bei der Handelskammer Bremen bereits 265 neue Ausbildungsplätze, bei der Industrie- und Handelskammer Bremerhaven 30 neue Ausbildungsplätze und bei der Handwerkskammer 35 neue Ausbildungsplätze, davon 6 in Bremerhaven eingeworben worden. Die Sollzahl von 280 Plätzen bezieht sich nur auf die eben genannten Kammern. Daher sind weitere neu eingeworbene Ausbildungsplätze bei anderen zuständigen Stellen nicht berücksichtigt aufgeführt.

**Öffentlicher Dienst:**

	Soll	Ist 2004	Ist 2005	Istzahl 2006
Gesamt:	148 Plätze für 2004	148 Plätze	122 Plätze	aufgrund der noch ausstehenden Entscheidung des Senats bis Juni 2006 offen
Bremen:	-/-	136 Plätze	110 Plätze	-/-
Brhv.:	-/-	12 Plätze	12 Plätze	-/-

**Zur zweiten Verabredung: Einwerbung von betrieblichen Angeboten zur Einstiegsqualifizierung**

Regionale Wirtschaft	Soll	Ist 2004	Ist 2005	Istzahl 2006 (Stand 30.04.)
Gesamt:	240 Ang. p.a.	285 Angebote	325 Angebote	62 Angebote
Bremen:	-/-	219 Angebote	248 Angebote	55 Angebote
Brhv.:	-/-	66 Angebote	77 Angebote	7 Angebote

Der Senator für Bildung und Wissenschaft stellt den begleitenden Berufsschulunterricht sicher.

**Zur dritten Verabredung: Datenabgleich zwischen den zuständigen Stellen und den regionalen Agenturen für Arbeit**

Das novellierte Berufsbildungsgesetz sieht in § 35 Abs. 3 die Möglichkeit der Weitergabe bestimmter, durch die zuständigen Stellen erhobenen Berufsausbildungsvertragsdaten zur Verbesserung der Ausbildungsvermittlung, zur Verbesserung der Zuverlässigkeit und Aktualität der Ausbildungsvermittlungsstatistik sowie zur Verbesserung der Feststellung von Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsstellenmarkt an die Bundesagentur für Arbeit vor. Die zuständigen Stellen haben mit den regionalen Agenturen für Arbeit entsprechende Verwaltungsvereinbarungen abgeschlossen und Daten ausgetauscht. Es zeigt sich bereits jetzt, dass die durch das Gesetz verfolgten Ziele erreicht werden.

Nach erfolgter Änderung des Bremischen Schuldatenschutzgesetzes kann die Datenübermittlung in analoger Anwendung des § 35 Abs. 3 BBiG für die schulischen berufsqualifizierenden Ausbildungen an die Agenturen für Arbeit erfolgen.

**b) Fortsetzung erfolgreicher Initiativen in der Freien Hansestadt Bremen****Zur vierten Verabredung: Schaffung von neuen Ausbildungsplätzen durch Verstärkung der Ausbildungskooperationen**

	Soll	Ist 2004	Ist 2005	Istzahl 2006 (Stand 30.04.)
LP Ausbildung im Verbund (AiV)	90 Plätze p.a.	117 Plätze, davon 14 in Brhv.	99 Plätze, davon 27 in Brhv.	14 Plätze, davon 0 in Brhv.
Ausbildungsinitiative Bremen/Bremerhaven (AiBB)	50 Plätze p.a.	36 Plätze, davon 6 in Brhv.	81 Plätze, davon 18 in Brhv.	50 Plätze, davon 2 in Brhv.
LP Ausbildungspartnerschaften	100 Plätze für 2004	209 Plätze, davon 160 in Brhv.	194 Plätze, davon 45 in Brhv.	37 Plätze, davon 35 in Brhv.

Die drei Landesprogramme erwiesen sich als wichtige Säulen bei den Anstrengungen zur Akquisition zusätzlicher Ausbildungsplätze im Land Bremen. Sie werden, mit Ausnahme des AiV, aus EU-Mitteln finanziert und sind deshalb an die laufende Förderphase (Mittelbindung nur noch bis zum 31.12.2006) gebunden.

**Zur fünften Verabredung: Unterstützung des Ausbildungsmanagements**

- *Ausbau der Eignungsfeststellung durch die Agenturen für Arbeit in Bremen und Bremerhaven*

Die Agentur für Arbeit Bremen, die Agentur für Arbeit Bremerhaven, die Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales (BAGIS), das ARGE JobCenter Bremerhaven und die beteiligten Kammern haben den Kompetenzcheck der Bundesagentur für Arbeit bei den Nachvermittlungssaktionen angewandt.

Durch ein Profiling der Jugendlichen im Rechtskreis des SGB II und die anschließende intensive Betreuung der Kunden im U-25-Bereich in der Relation 1:75 durch die Fallmanager / innen der BAGIS und der ARGE JobCenter Bremerhaven konnten bessere Rahmenbedingungen zur Vermittlung, insbesondere „benachteiligter“ Jugendlicher im SGB-II-Rechtskreis geschaffen werden.

Diese Vorgehensweise wird beibehalten.

- *Nutzung der Dienstleistungen der zentralen und einheitlichen Anlaufstellen der Ausbildungsbüros in Bremen und Bremerhaven*

Anhand der Vielzahl von Betriebskontakten und -beratungen konnten durch die Ausbildungsbüros folgende Ausbildungsplätze neu eingeworben werden:

	Soll	Ist 2004	Ist 2005	Istzahl 2006 (Stand:30.04.)
EXAM	115 Plätze p.a. (75 Plätze in HB 40 Plätze in Brhv.)	430	373	99
EXAM-Plus	30 Plätze p.a.	79	77	75
BQA	35 Plätze in 2006 45 Plätze in 2007	-/-	-/-	13

- *Einwerbung von neuen Ausbildungsplätzen durch zusätzliche Ausbildungsplatzwerberinnen und Ausbildungsplatzwerber bei den zuständigen Stellen*

	Soll	Ist 2004	Ist 2005	Istzahl 2006 (Stand: 30.04.)
Handwerkskammer Bremen	4 Ausbildungs- platz- werber/innen	4 Ausbildungs- platz- werber/innen	4 Ausbildungs- platz- werber/innen	-/-
Industrie- und Handelskammer Bremerhaven	1 Ausbildungs- platzwerber/in	1 Ausbildungs- platzwerber/in	1 Ausbildungs- platzwerber/in	1 Ausbildungs- platzwerber/in
Handelskammer Bremen	4 Ausbildungs- platz- werber/innen	-/-	4 Ausbildungs- platz- werber/innen	3 Ausbildungs- platz- werber/innen
BQA	1 Ausbildungs- platzwerber/in ab 2006	-/-	-/-	1 Ausbildungs- platzwerber/in

- *Verabredung gemeinsamer Nachvermittlungsaktionen*

Durch das Beitreten weiterer Kammern zum Regionalen Pakt am 24.08.2005 und die in diesem Zuge unterzeichneten Verwaltungsvereinbarungen wurden die Rahmenbedingungen für die Nachvermittlungsaktionen im vergangenen Jahr erneut verbessert.

### **Zur sechsten Verabredung: Verbesserung der schulischen Berufsorientierung**

Die Berufsorientierung in der Sekundarstufe I wird durch folgende Maßnahmen inhaltlich und strukturell weiterentwickelt:

#### 1. Zur Steigerung der Qualität der Arbeits- und Berufsorientierung in der Sekundarstufe I:

- Umsetzung der Kriterien zur „Qualitätssicherung in der schulischen Arbeits- und Berufsorientierung (Sekundarschule und Förderzentren)“: das Landesinstitut für Schule begleitet und unterstützt die Schulen bei der Erarbeitung und Umsetzung bei der Umsetzung dieser Kriterien und der Erarbeitung von Konzepten zur Arbeits-, Berufs- und Studienorientierung;
- Verleihung des Bremer Qualitätssiegels „Schulen mit vorbildlicher Berufsorientierung“ an 16 Bremer Schulen der Sekundarstufe I und II im März 2006; für das Schuljahr 2006/07 wird eine weitere Ausschreibung erfolgen; die Steuergruppe bereitet eine Neuausschreibung für 2007 vor;
- Durchführung von drei Bewerbungscamps in den Herbstferien, an denen 75 Schülerinnen und Schüler teilgenommen haben; diese Maßnahme wird in den Herbstferien wiederholt und an 10 Schulstandorten durchgeführt; verantwortlich für die Organisation ist die Schullaufbahnberatung;
- stärkere Verankerung der Arbeits- und Berufsorientierung durch die Einrichtung der Praxisphase im Schwerpunkt zur Erlangung der Berufsbildungsreife in der Sekundarschule ab Schuljahr 2008/09: Das Konzept liegt vor. Zurzeit wird an einer Handreichung gearbeitet, das Landesinstitut für Schule bereitet Qualifizierungsmaßnahmen für Lehrkräfte vor; im Juni 2006 wird der Senator für Bildung und Wissenschaft eine Arbeitsgruppe einrichten, die Vorschläge zur Gestaltung der Praxisphase erarbeitet;
- verpflichtendes Angebot zur Arbeits- und Berufsorientierung im Wahlpflichtbereich der Sekundarschule von Jahrgangsstufe 7 bis 10, beginnend mit dem Schuljahr 2006/07.

#### 2. Zur Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit:

- gezielte Förderung von Hauptschülerinnen und Hauptschüler der 9. und 10. Klassen, die besonders große Hürden und Schwierigkeiten in fast allen Kompetenzbereichen zu überwinden haben, um einen Schulabschluss zu erreichen und einen Ausbildungsplatz zu bekommen; diese Schülergruppe soll mit Beginn des Schuljahres 2006/07 eine besondere Förderung erhalten, um ihre Anschlussfähigkeit für eine berufliche Bildung zu erhöhen. Die Schulen erstellen ein Konzept, das Folgendes beinhalten muss: praktische Arbeit an einem handlungsorientierten Projekt; Übungssequenzen zu den Grundfertigkeiten; Angebote zur Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit, wie z.B. Bewerbungstraining, Kontakte und Austausch mit Betrieben, Kompetenzfeststellung und darauf aufbauend Beratung über zukünftige Berufs- und Lebensplanung; gegenwärtig arbeitet der Senator für Bildung und Wissenschaft an einem Konzept und überprüft seine Umsetzungsmöglichkeit; ein Antrag auf ESF-Mittel wurde im Februar gestellt; wenn ausreichend finanzielle Ressourcen zur Verfügung stehen, soll mit der Förderung der Hauptschülerinnen und Hauptschülern an 10 Schulorten zum Schuljahr 2006/07 begonnen werden;
- Vorbereitung eines Verfahrens zur Kompetenzfeststellung im 2. Schulhalbjahr in der 8. Jahrgangsstufe, durch das die Potenziale bei Schülerinnen und Schülern ermittelt werden, die für eine Ausbildung relevant sind, indem sie u.a. Praxisaufträge aus berufsrelevanten Bereichen bearbeiten; zurzeit werden verschiedene Verfahren auf die Möglichkeit ihrer Anwendung auf die Schule überprüft; für Herbst 2006 wird eine Entscheidung vorbereitet.

#### 3. Zur Verbesserung des Übergangs von der Schule in den Beruf:

- Mitarbeit in der „Bremischen Gemeinschaftsinitiative für Ausbildung“, die der Senator für Bildung und Wissenschaft mit begründet hat: die Mitglieder überprüfen den Transfer des

Hamburger Hauptschulmodells auf das Land Bremen. Ziel ist, die Ausbildungschancen von Hauptschulabsolventen zu verbessern. Hauptschüler/innen sollen verstärkt in die ungeforderte betriebliche Ausbildung gebracht werden. Eckpunkt ist die enge und direkte Zusammenarbeit von Unternehmen, Schulen und Berufsberatung, die durch eine eigens eingerichtete Koordinierungsstelle begleitet wird. Die Unternehmen müssen sich bereit erklären, Ausbildungsplatzkontingente für Hauptschüler/innen und eine beständige Kooperation zu sichern. Eine Arbeitsgruppe arbeitet an einem entsprechendem Konzept für das Land Bremen. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat im Rahmen des Förderprogramms Jobstarter einen Antrag des BWU für den Aufbau einer Ausbildungsstiftung genehmigt. Aufgabe der Stiftung ist u.a. die Förderung des o.g. Modells zur Eingliederung von Hauptschülern.

### Zur siebten Verabredung: Duale Ausrichtung der Berufsvorbereitung

#### Ziel 2006

##### A. Aufgabenstellung

Die Erstellung der Ist-Analyse aller Plätze der Berufsausbildungsvorbereitung wird um die Angebote der Arbeitsgemeinschaft Bremerhaven und der BAglS (Angebote mit Mehraufwandsentschädigung) und um die Angebote Freiwilliges Ökologisches Jahr, Freiwilliges Soziales Jahr und Freiwilliges Soziales Trainingsjahr erweitert.

Die Vertreter der Agenturen für Arbeit in Bremen und Bremerhaven, der BAglS, der Arbeitsgemeinschaft Bremerhaven, des Senators für Arbeit und der Beruflichen Schulen haben sich darauf verständigt, die Übersicht mit neuen Erfassungskriterien zu versehen, um eine möglichst hohe Transparenz hinsichtlich der Maßnahmen und ihrer Schnittstellen zu erreichen. U.a. wird sichtbar werden, inwieweit die Angebote betriebliche und andere Praxisphasen enthalten, Inhalte wechselseitige Anerkennung finden und inwieweit zertifizierbare Bausteine eingeführt sind.

Die Erfassung ist zum Juni 2006 abgeschlossen. Die Auswertung wird dem jour fixe des Ausbildungspaktes und dem Plenum Bündnis für Arbeit bis zum November 2006 vorgelegt.

##### B. Zielzahlen

Insgesamt werden im Lande Bremen in 2006 für laufende Maßnahmen in der Berufsausbildungsvorbereitung nachfolgende Plätze zur Verfügung gestellt:

<b>BAglS</b>	<b>insgesamt</b>	<b>1.200</b> (2005: 920) Plätze
<b>Agentur für Arbeit Bremen</b>	<b>insgesamt</b>	<b>781</b> (2005: 434; 2004: 537) Plätze
<b>Agentur für Arbeit Bremerhaven, Arge Job-Center Bremerhaven, Arge Jobcenter Cuxhaven</b>	<b>insgesamt</b>	<b>248</b> (2005: 171; 2004: 154) Plätze
<b>Senator für Bildung und Wissenschaft</b>	<b>insgesamt</b>	<b>1.953</b> (2005: 2.576; 2004: 2.537) Plätze
		<b>4.182</b> (2005: 3.501; 2004: 3.308) Plätze

Im Einzelnen:

Die **BAglS** plant für 2006 die Einrichtung vom **insgesamt 1.200** InJobs für den Personenkreis U 25. Darunter sind Jobs

- mit der Möglichkeit des Erwerbs des Hauptschulabschlusses,
- als Vorbereitung auf einen konkreten Ausbildungsberuf mit Besuch der Berufsschule und der Möglichkeit der Anrechnung auf eine spätere Ausbildung.

Ab Herbst 2006 werden

- 150 Plätze InJobs für den Personenkreis U 25 mit dem Ziel der Berufsorientierung und Vorbereitung auf den Hauptschulabschluss und
- 30 Plätze InJobs für den Personenkreis U 25 als Modellprojekt mit dem Ziele der Vorbereitung auf Berufsausbildung eingerichtet.

Darüber hinaus hält die BagIS in 2006 ca. 1.000 Plätze für nicht mehr schulpflichtige Jugendliche mit Bezug von Leistungen nach dem SGB, mit dem Ziel der Vorbereitung auf Arbeit und Ausbildung, Herstellen der Wettbewerbsfähigkeit vor. Auch diese Maßnahme ist – wenn auch im weiteren Sinne – eine Vorbereitung auf eine spätere Berufsbildung.

Die **Agentur für Arbeit Bremen hat** bis zum 30.09.2006 **insgesamt 781** Plätze in Berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen (434 BvB) und Einstiegsqualifizierungen (347 EQJ) zu besetzen. Die Plätze werden auch in 2006 von den Kammern den Agenturen gemeldet. Diese werden die zur Verfügung stehenden Plätze mit geeigneten, unversorgten Jugendlichen besetzen.

Die **Agentur für Arbeit Bremerhaven/ Arge Job-Center Bremerhaven / Arge Jobcenter Cuxhaven hat** bis zum 30.09.2006 insgesamt **248 Plätze** in Berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen (171 BvB) und Einstiegsqualifizierungen (77 EQJ) zu besetzen:

**Der Senator für Bildung und Wissenschaft** stellt für schulpflichtige Jugendliche in 2006 nachfolgende Plätze zur Verfügung:

1.058 Plätze	Berufsvorbereitende Berufsfachschulen
320 Plätze	Berufseingangsstufe / Berufsfachschule (B/BFS)
212 Plätze	Ausbildungsvorbereitende Bildungsgänge in Vollzeitform
188 Plätze	Ausbildungsvorbereitende Bildungsgänge in Teilzeitform
70 Plätze	Ausbildungsvorbereitende Bildungsgänge in Vollzeitform (Schulpflichtige nicht deutscher Herkunft)
37 Plätze	Ausbildungsvorbereitende Bildungsgänge in Vollzeitform (für Sonderschüler)
24 Plätze	Schulmeiderprogramm (Förderung der Ausbildungs- und Berufsreife)
16 Plätze	Berufgrundbildungsjahr
10 Plätze	Ausbildungsvorbereitende Bildungsgänge in Teilzeitform (für junge Mütter)
10 Plätze	Ausbildungsvorbereitende Bildungsgänge in Vollzeitform (Berufliche Lebensplanung für junge Mütter)
8 Plätze	Ausbildungsvorbereitende Bildungsgänge in Vollzeitform (Haus und Garten)

---

1.953 Plätze

Als erfolgreich haben sich hier weiterhin die ausbildungsvorbereitenden Bildungsgänge erwiesen, in deren Mittelpunkt ein fachpraktischer Unterricht steht, welcher jeweils um allgemeinbildende und fachtheoretische Anteile ergänzt wird mit dem Ziel, die Jugendlichen auf die Aufnahme einer außerschulischen oder schulischen Berufsausbildung vorzubereiten. Betriebliche Praxisphasen begleiten die Ausbildungsphasen.

Die enge Verknüpfung von fachtheoretischen und fachpraktischen Inhalten, die handlungs- und produktorientierten Lernformen und die betrieblichen Praktikumphasen im Rahmen des zweijährigen Bildungsganges Berufseingangsstufe /Berufsfachschule (B/BFS) führen zu einer Verbesserung der Grundfertigkeiten und der Erlangung der Ausbildungsfähigkeit für Jugendliche ab dem 10. Schuljahresbesuch, deren Leistungsstand in der Sekundarstufe I das Erreichen des Hauptschulabschlusses ausschließt. Ca. 70% der Jugendlichen, die den Bildungsgang bis zum Ende besuchen, schaffen den Hauptschulabschluss.

**Zur achten Verabredung: Überprüfung der Verabredungen**

*Überprüfung der Verabredungen auf dem Plenum des Bündnisses für Arbeit und Ausbildung in Bremen und Bremerhaven*

**c) Bremer Initiative „Berufsbildung 2010“**

Die Industrie- und Handelskammer Bremerhaven hat im November einen Antrag auf Förderung des Projekts aus dem Beschäftigungspolitische Aktionsprogramms (BAP) gestellt. Die Deputation für Arbeit und Gesundheit hat am 01.12.2005 (Vorlage Nr. 22) der Förderung des Projekts für das Jahr 2006 zugestimmt. Die Bewilligung weiterer Mittel für die Jahre 2007/08 kann erst erfolgen, wenn der Antragsteller im Oktober 2006 einen Bericht über erste Ergebnisse und einen Zeitmaßnahmeplan vorgelegt hat. Die Deputation für Bildung hat den Beschluss der Deputation für Arbeit und Gesundheit am 22.12.2005 (Vorlage L 168) zur Kenntnis genommen und die Empfehlung ausgesprochen, den Landesausschuss für Berufsbildung (LAB) in geeigneter Form in das Projekt einzubinden. Dies ist inzwischen geschehen. Der LAB-Vorsitzende Dr. Voigt hat die Aufgabe übernommen, die Beteiligung des LAB sicherzustellen. Zur Zeit wird von der Industrie- und Handelskammer Bremerhaven der formelle Förderantrag, der für die Detailprüfung durch die Bremerhavener Arbeit GmbH (brag) erforderlich ist, erarbeitet.

Inzwischen liegt eine erste überarbeitete Übersicht vor, welche Maßnahmen in dem Projekt abgearbeitet werden sollen. Die aktuelle Arbeit konzentriert sich auf eine Bestandsaufnahme aller im Land Bremen durchgeführten Projekte, damit vorhandene Synergieeffekte genutzt werden können.

Im ersten Schritt sollen die Maßnahmen:

A 2 Kosten-Nutzen-Abschätzung der Ausbildung für die Betriebe und

B 3 Verbesserung des Übergangs von der Schule in die Berufsausbildung abgearbeitet werden.

*Programmübersicht*

<b>A Stärkung der Unterstützungssysteme</b>	<b>B Stärkung der dualen Berufsausbildung</b>	<b>C Stärkung des Übergangs zur (dualen) Weiterbildung und Professionalisierung des Ausbildungspersonals</b>
1. Beratung der Betriebe zur Erhöhung des Angebots an Ausbildungsplätzen- Innovative Ansätze zur Unterstützung der Zuständigen Stellen	1. Verstärkung der Lernortkooperation und Einrichtung von Berufsfachkonferenzen	1. Entrepreneurship als Ausbildungsinhalt
2. Kosten-Nutzen-Abschätzung der Ausbildung für die Betriebe	2. Einführung rationeller und ausbildungsfördernder Prüfungspraxis	2. Know- How-Transfer für den Strukturwandel im Mittelstand
3. Dokumentation von Beispielen guter Ausbildungspraxis	3. Verbesserung des Übergangs von der Schule in die Berufsausbildung	3. Innovationstransfer für Ausbildungsstätten über das Berufsbildungspersonal
4. Evaluation beruflicher Kompetenzentwicklung	4. Lernen im Arbeitsprozess	4. Förderung der Durchlässigkeit zwischen beruflicher Bildung und



	5. Weiterentwicklung beruflicher Schulen zu regionalen Berufsbildungszentren	Hochschulbildung 5. Einführung der dualer Fach- und Fachhochschule Bildungs- bzw. Studiengänge
--	--	---

**d) Besondere Aktivitätenliste der Paktpartner**

Besondere Aktivitäten sind in der Anlage dargestellt.

**Anlage:** Besondere Aktivitätenliste der Partner im Regionalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftebedarf